

## FREIE SICHT

## Mehr direkte Demokratie

REINER EICHENBERGER

**B**ekanntlich ist die Schweiz ein wirtschaftliches Erfolgsmodell. Ein wichtiger Grund dafür ist ihre direkte Demokratie, die den



politischen Wettbewerb stärkt und so bessere Politik bringt. Trotzdem wollen sie viele Politiker «verwesentlichen». Besonders hart kritisieren sie die Volksinitiative. Ihre zunehmende Nutzung diene manchen Parteien zur eigenen Profilierung, verunsichere die Wirtschaft sowie das Ausland, und sie sei teuer. Zum Glück ist das alles falsch.

Erstens wissen die Bürger nur dank Volksabstimmungen, wo die Parteien und Politiker wirklich stehen; im Wahlkampf meiden diese ja inhaltliche Aussagen. Zweitens werden wirklich wirtschaftsfeindliche Initiativen fast immer haushoch abgelehnt; glaubwürdigere Versprechen für hohe Standortqualität gibt es kaum. Drittens kommen wichtige Themen oft nur dank Initiativen auf den Tisch. Viertens fördert die direkte Demokratie nicht nur gute Entscheidungen, sondern auch Bildung und Unterhaltung, wie die intensiven Diskussionen sowie die hohen Einschaltquoten der Abstimmungsendungen illustrieren. Wetten, dass pro Franken mehr Spass und Spannung herauskommt als beim Sport?

### «Die Zahl der Abstimmungen darf nicht zu hoch werden.»

Tatsächlich also sollte die direkte Demokratie nicht geschwächt, sondern gestärkt und die direktdemokratischen Instrumente auf kantonaler und Bundesebene ausgebaut werden. Auf Letzterer wären etwa das Finanz- und das Verordnungsreferendum sinnvoll. Ein Punkt der Kritiker bleibt aber wichtig, erst recht, wenn die direkte Demokratie ausgebaut wird: Die Zahl der Volksabstimmungen darf nicht zu hoch werden. Doch was heisst zu hoch? Ich schlage vor, das Volk soll vermehrt selbst entscheiden, wie oft und worüber es abstimmt. Dazu soll die Unterschriftenzahl für ordentliche Initiativen erhöht werden, z.B. auf 150 000. Zugleich wird eine neue, niederschwelligere Art von Initiative mit z.B. 50 000 Unterschriften eingeführt, die Traktandierungsinitiative. Bei ihr ist der Abstimmungsprozess zweistufig. Nur wenn in der ersten Stufe eine substanzielle Minderheit der Wählenden, z.B. 35 Prozent, dafür sind, wird die Vorlage dem Volk als ordentliche Initiative vorgelegt.

Dank diesem zweistufigen Verfahren würde der politische Prozess zugleich für neue Ideen geöffnet und entlastet. Gruppen mit guten Ideen, aber eng begrenzten Ressourcen könnten leichter Initiativen einbringen. Bei unsinnigen Traktandierungsinitiativen hingegen müssten die Gegner nicht mehr gleich mit dem Einsatz aller Kräfte reagieren. Zumeist würden sie von den Bürgern ganz ohne grosse Abstimmungsschlacht und Aufmerksamkeit für die Initianten einfach entsorgt. Damit würde es unattraktiver, unfruchtbare Initiativen nur zur Selbstdarstellung zu lancieren. Wenn sich die Wähler überlastet fühlen, können sie die Traktandierungsfrage restriktiver beantworten. Die Zahl der ordentlichen Abstimmungen würde wohl sinken, und die Wahrscheinlichkeit, dass schlechte Initiativen den ganzen zweistufigen Prozess überstehen, wäre noch kleiner als mit dem heutigen einstufigen Verfahren.

In dieser Kolumne schreiben im Wechsel «Handelszeitung»-Chefökonom Simon Schmid, «Handelszeitung»-Autor Urs Paul Engeler sowie Reiner Eichenberger, Professor für Finanz- und Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg.